Gemeinde Holm

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0983/2021/HO/BV

Fachbereich: Soziales und Kultur	Datum: 28.12.2021
Bearbeiter: Gudrun Jabs	AZ: 4/464

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Holm	10.03.2022	öffentlich
Gemeindevertretung Holm	22.03.2022	öffentlich

Jahresrechnung 2020 DRK-Kita Holm

Sachverhalt:

Der DRK-Kreisverband Pinneberg hat die Jahresrechnung 2020 für die DRK-Kindertagesstätte Holm vorgelegt (Anlage).

Gesamteinnahmen in Höhe von 1.084.510,64 Euro stehen Gesamtausgaben in Höhe von 1.054.209,36 Euro gegenüber, so dass sich ein Überschuss in Höhe von 30.301,28 Euro ergibt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Überschuss ist u.a. entstanden durch höhere Einnahmen bei dem Kostengleich, einem höheren Landeszuschuss sowie geringeren Ausgaben für die Reinigung und für den FSJler. Die Stelle des FSJler wurde umgewandelt in eine Ausbildungsstelle für Erzieher. Mit der Prüfung zum SPA wird diese Stelle bei den Fachkräften anerkannt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Gemeinde hat die Jahresrechnung am 30.11.2021 stichprobenartig überprüft, und empfohlen die Jahresrechnung anzuerkennen und Entlastung zu erteilen.

Finanzierung:

Der Überschuss ist vom DRK Kreisverband an die Gemeinde zurückzuzahlen.

Fördermittel durch Dritte:

Landeszuschuss Betriebskosten Ü 3 und U 3: 127.616,23 Euro
Betriebskostenzuschuss Kreis Pinneberg: 3.427,00 Euro

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt die Jahresrechnung 2020 der DRK-Kindertageseinrichtung anzuerkennen. Der Überschuss in Höhe von 34.657,08 Euro ist an die Gemeinde Holm zu erstatten.

(Hüttner)

Anlagen:

Jahresrechnung 2020 DRK-Kita Holm

KG 3300 Kita Holm, gesamt	Ist 2019	Ist 2020	Plan 2020
PK päd. + Ltg. KiTa einschl. Zeitarbeit	684.726,44	726.185,32	692.800,00
PK hauswirtschaftlicher Dienst	22.598,87	23.112,13	24.600,00
PK sonstige	5.055,52	4.734,74	4.800,00
PK Fachberatung	5.539,10	4.746,00	5.000,00
PK FSJ	13.408,63	11.184,96	20.200,00
DRK Personal einschl. Zeitarbeit Pflege & Kitas	731.328,56	769.963,15	747.400,00
006416 sonstige Personalaufw.	5.969,67	7.197,33	5.000,00
006417 sonstige Personalaufw. BG	2.168,03	3.704,50	2.000,00
006418 sonstige Personalaufw. BAzt	812,65	1.115,18	900,00
006420 Schwerbehindertenabgabe	2.028,29	1.671,00	900,00
006430 Fort- und Weiterbildung allgemein	8.052,95	9.310,26	7.500,00
Sonstige Personalaufwendungen	19.031,59	22.998,27	16.300,00
006810 bez. Leistungen allgemein	759,69	107,28	600,00
006811 bez. Leistungen Verwaltung	0,00	270,94	0,00
006817 bez Leistungen Fremdreinigung	34.767,69	38.372,97	44.000,00
bezog. Leistung Zeitarbeit allgemein	35.527,38	38.751,19	44.600,00
DRK Personal, Zeitarbeit, sonst. Personalaufw.	785.887,53	831.712,61	808.300,00
006590 Sachbedarf pflegerisch	247,44	217,41	500,00
006601 Hausapotheke	262,16	586,26	600,00
006681 Sachbedarf pädagogisch	8.481,68	9.867,96	11.700,00
006500 Lebensmittel	39.805,47	30.884,56	54.100,00
006510 Getränke- und Frühstücksgeld	0,00	726,69	0,00
006550 Veranstaltungen	448,87	568,53	1.400,00
006720 Strom	0,00	174,00	0,00
006800 Materialaufwendungen	135,50	3.313,48	0,00
006820 Büromaterial	8.217,90	4.819,92	4.500,00
006830 Telefon	0,00	530,56	0,00
006855 Zeitschriften und Bücher	298,06	1.122,66	1.200,00
006858 Nebenkosten des Geldverkehrs	11,59	12,00	0,00
006862 EDV- und Organisationskosten	1.194,00	2.558,27	1.200,00
006864 Rechts- und Beratungskosten	0,00	178,87	1.000,00
006890 Reisekosten	1.044,50	581,10	1.500,00
006950 Verwaltungskostenbeiträge	44.930,63	47.584,12	45.600,00
007110 Abgaben	69,96	69,96	0,00
007120 Versicherungen	1.036,32	1.035,87	1.300,00
007600 Mieten, Pacht, Leasing,	84.203,71	96.698,94	42.400,00
006680 Aufwand Inventar	0,00	0,00	4.400,00
006805 Gebäudeunterhaltung	4.426,11	5.558,65	10.000,00
006806 GWG bis 800 €	17.808,98	14.157,07	8.100,00
006999 Erhaltene Skonti	-2,39	-43,64	0,00
007721 Aufwendungen Pandemie	0,00	1.293,51	0,00
Gesamtaufwand	998.508,02	1.054.209,36	997.800,00
Ergebnis	0,00	30.301,28	0,00

KG 3300 Kita Holm, gesamt	Ist 2019	Ist 2020	Plan 2020
004950 Elternentgelte HZ ganztags	60.690,50	42.823,85	54.700,00
004951 Elternentgelte HZ vormittags	85.621,00	61.928,35	145.000,00
004960 Elternentgelte HZ Krippe	27.716,00	33.005,50	81.100,00
004953 Elternentgelte erm. ganztags	4.555,50	2.110,46	0,00
004954 Elternentgelte erm. vormittags	3.253,00	4.688,80	0,00
004961 Elternentgelte erm. Krippe	11.066,50	8.943,49	0,00
004968 Elternentgelte HZ Frühdienst	3.716,25	1.431,00	5.900,00
004971 Elternbeiträge HZ Spätdienst	25.940,00	9.296,50	12.600,00
004969 Elternentgelte erm. Frühdienst	440,75	184,00	0,00
004972 Elternentgelte erm. Spätdienst	572,00	536,70	0,00
004977 Betreuungsentgelte Gastkinder	1.390,00	405,00	0,00
004982 Einnahmen Essen Kinder	45.395,00	40.101,00	48.000,00
004984 Getränke- und Frühstücksgeld	4.056,00	1.484,00	4.600,00
Erlöse Selbstzahler	274.412,50	206.938,65	351.900,00
004956 Entgelte Kreis erm. ganztags	8.368,50	8.110,89	0,00
004957 Entgelte Kreis erm. vormittags	14.418,00	15.149,80	0,00
004962 Entgelte Kreis erm. Krippe	12.762,50	16.124,22	0,00
004970 Entgelte Kreis erm. Frühdienst	727,50	451,50	0,00
004973 Entgelte Kreis erm. Spätdienst	3.675,00	3.008,00	0,00
004983 Zuschuss Essen Kostenträger	1.315,00	1.302,00	0,00
004991 Stadt Wedel Sonderzuschuss	0,00	255,00	0,00
004992 Deckelungsbetrag Wedel	0,00	68,00	0,00
Erlöse Kostenträger	41.266,50	44.469,41	0,00
Erlöse Kindertageseinrichtungen SZ und KT	315.679,00	251.408,06	351.900,00
004821 Erstattung PersKo betriebsbedingt	15.696,25	4.048,96	0,00
004823 Fremdgemeinde Kostenausgleich	14.499,74	29.952,22	16.500,00
004833 Zuschuss Land BK unter 3jährige	713,36	20.360,88	53.800,00
004834 Zuschuß Land BK über 3jährige	104.122,77	107.255,35	80.100,00
004835 Zuschuß Kreis	4.648,00	3.427,00	3.900,00
004900 Defizitzahlungen lfd. Jahr	458.891,95	536.702,15	449.200,00
004910 Schuldendienst Gemeinde	84.203,71	96.698,94	42.400,00
005500 Sonstige ordentliche Erträge	53,24	34.657,08	0,00
Gesamtleistung	998.508,02	1.084.510,64	997.800,00

Gemeinde Holm

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0985/2022/HO/BV

Fachbereich: Soziales und Kultur	Datum: 06.01.2022
Bearbeiter: Jabs	AZ: 4/

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Holm	10.03.2022	öffentlich
Gemeindevertretung Holm	22.03.2022	öffentlich

Mittelanmeldung 2022 Heinrich-Eschenburg-Schule**Sachverhalt:**

Die Heinrich-Eschenburg-Schule hat die anliegende Mittelanforderung für den Haushalt 2022 vorgelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

In einigen Positionen im Verwaltungshaus erfolgte eine Erhöhung der Ausgaben. Diese Erhöhungen wurden von der Schule entsprechend begründet. Durch die Erweiterung der Grundschule werden die Ausstattungen der zusätzlichen Räume (siehe Anlage) benötigt. Die Bestellung der Möbel muss bereits in diesem Jahr erfolgen, da es zu langen Lieferzeiten kommen kann. Hier werden Ausgaben von ca.45.850 Euro erwartet. Mit dem 2. Bauabschnitt im Jahr 2023 kommen noch die Garderoben und die Ausstattungs- und Renovierungskosten für die Betreuungsräume dazu.

Finanzierung:

Eine Übertragung der Restmittel aus dem Jahr 2021 ist auf Grund der Doppik-Umstellung nicht möglich. Die Finanzierung erfolgt über dem Haushalt 2022.

Fördermittel durch Dritte:

keine

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt/die Gemeindevertretung beschließt die Mittelanmeldung für die Heinrich-Eschenburg-Schule laut Haushaltsplan.

(Hüttner)

Anlagen:

Mittelanmeldung Heinrich-Eschenburg-Schule

Amt Geest und Marsch Südholstein
 Fachbereich Finanzen
 Amtsstraße 12
 25436 Moorrege

<u>Mittelanmeldung der Grundschule Holm für den Haushalt 2022</u>				
Hauhaltsstelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2021	beantragter Haushalts-ansatz für 2022	Begründung
21110.520000	Gerätekauf und -unterhaltung Grundschule	5.000 €	5.000 €	Ansatz wie im Vorjahr
21110.570000	Lehrmittel	3.200 €	3.000 €	
21110.576000	Lernmittel	3.200 €	4.000 €	Höhere Kosten u.a. für Lizenzen (Apps) Digitale Tafeln
21110.590000	Schülerbücherei	200 €	200 €	Ansatz wie im Vorjahr
21110.600000	Schulveranstaltungen	1.900 €	2.500 €	siehe Anlage
21110.650000	Geschäftsausgaben	3.900 €	6.000 €	siehe Anlage
21110.650100	Sachkosten Schulsozialarbeit	200 €	200 €	Ansatz wie im Vorjahr
21110.935000	Erwerb von beweglichem Vermögen - ab 150 € - *)	5.000 €	ca. 46.000 € 65.000 €	siehe Anlage

*) Der Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens ist bei der HHst. 21110.935000 (Vermögenshaushalt) zu veranschlagen, wenn der Wert des einzelnen

2. Anlage zum Haushalt 2022

Haushaltsstelle 21110.935000:

- Die Kosten für diese Haushaltsstelle sind nicht final zu kalkulieren. Im Rahmen des Neubaus ist ein eher geringer Betrag für Ausstattung vorgesehen (ca. 25.000 €), sodass folgende Anschaffungen im Zusammenhang mit dem ersten Bauabschnitt und unter Berücksichtigung langer Lieferfristen (Möbel) über den Haushalt 2022 getätigt werden müssen:

Ausstattung Sekretariat Inkl. Arbeitsplatz Konrektorin	ca. 7.300,00 €
Safe für Ordner/PW, Schlüssel (Sicherheitsstufe B, Feuerschutzmaterial)	ca. 350,00 €
Ausstattung Büro Schulleitung	ca. 6.700,00 €
Ausstattung Lehrerarbeitszimmer Inkl. 6 Arbeitsplätzen und Lehrmittelschränken	ca. 13.000,00 €
Ausstattung incl. interaktives Board Elternsprechzimmer/Besprechungsraum	ca. 5.000,- Kosten sind zu ermitteln
Küchenzeile Mitarbeiterzimmer	ca. 1.500,00 €
Ausstattung Marktplatz Mobile Lerninseln	ca. 12.000,00 €

45.850,- €

Die in der ursprünglichen Anlage zum Haushalt aufgeführten Posten für die Betreuungsräume und die Schulsozialarbeit bleiben als Bedarf bestehen, werden hier wegen des verzögerten Beginns der Bauarbeiten jedoch nicht mit aufgenommen.

Die Ergänzungen der ursprünglichen Anlage bleiben bestehen und sind dieser zu entnehmen.

Stand: 21.1.2022

Es wird das komplette vorhandene Mobiliar weiterhin genutzt:

- Für das Mitarbeiterzimmer (Lehrerzimmer) werden erst im Haushalt 2023 Neuanschaffungen geplant, das vorhandene Mobiliar wird mitgenommen.
- Für das Elternsprechzimmer/Besprechungsraum sind ein Tisch, Stühle und Schränke vorhanden. Es fehlen halbhohe Schränke, Plissees und ein digitales Board, um den Raum auch als Besprechungsraum nutzen zu können (Schule, OGTS, Tandem, Hilfeplangespräche)
- Außer den Nähmaschinen ist für den Kreativraum Mobiliar vorhanden. Berücksichtigt werden muss der Rückbau der Küche und der Bodenbelag. Dieser sollte bereits 2020 ausgetauscht werden. Dies wurde wegen der anstehenden Baumaßnahmen verschoben. Für die Anschlüsse der Nähmaschinen muss ein Kabelkanal mit Steckdosenauslässen installiert werden.
- Im Büro der Schulsozialarbeit ist bereits ein Schreibtisch mit Besprechungstisch, Rollcontainer, Schrank (auch abschließbar) und Regal vorhanden.
- Alle anderen Räume der Betreuung (zukünftig OGTS) werden zunächst mit vorhandenem Mobiliar bestückt. Im Haushalt 2023 werden Kosten eingeplant für den Bewegungsraum und einen weiteren OGTS-Raum.
- Bänke für die Garderobe sind vorhanden.

Ich beantrage, die nicht ausgeschöpften Haushaltsmittel aus dem Jahr 2021 in das Jahr 2022 übertragen zu können. Manche Anschaffung (z.B. die Musikanlage) ist erst sinnvoll, wenn die Gemeinschaftsfläche (Marktplatz) vorhanden ist. Da neue Büromöbel für das Sekretariat angeschafft werden müssen, wurde der verschließbare Aktenschrank nicht bestellt. Er steht so lange nur noch für die Schulleitung und Sekretärin zugänglich.

Haushaltsstelle 21110.650000:

- Es entstehen höhere Kosten u.a. durch steigende Papierpreise. Gleichzeitig sind neu die Grundausstattungen für die digitalen Tafeln zu berücksichtigen, die regelmäßig ersetzt/aufgefüllt werden müssen (Whiteboard Marker, Reiniger).
- In den veranschlagten Kosten ist der Austausch der Filter und Vorfilter für die Luftreiniger berücksichtigt⁵.
- Die Internetseite muss überarbeitet werden.

Haushaltsstelle 21110.600000:

- Berücksichtigung anfallender Bewirtungskosten (Planungstreffen, Hilfeplan- und Elterngespräche), die bisher nicht aufgeführt waren. Die Anzahl der notwendigen (!) Termine hat erheblich zugenommen.
- Fortbildung Frau Perner (Datenschutz).
- Fahrt- und Unterbringungskosten Frau Frenzel für eine 1-wöchige Hospitation über die Deutsche Schulakademie (die HES hat sich über das Hospitationsprogramm der Deutschen Schulakademie erfolgreich dafür beworben.)

Gemeinde Holm

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0981/2021/HO/BV

Fachbereich: Bauen und Liegenschaften	Datum: 14.12.2021
Bearbeiter: Melanie Pein	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bauausschuss der Gemeinde Holm	03.03.2022	öffentlich
Gemeindevertretung Holm	22.03.2022	öffentlich

Stellplatzsatzung der Gemeinde Holm über die Herstellung notwendiger Kfz-Stellplätze (Stellplatzsatzung)

Sachverhalt:

Die Gemeinde Holm beabsichtigt den Erlass einer Satzung über die Herstellung notwendiger Stellplätze (Stellplatzsatzung), um die Herstellungspflicht von Stellplätzen auf kommunaler Ebene zu regeln. Die Herstellungspflicht notwendiger Stellplätze nach dieser Satzung ist aus dem tatsächlichen Stellplatzbedarf abzuleiten. Der ermittelte, tatsächliche Stellplatzbedarf ist grundsätzlich gemeindegebietsbezogen und berücksichtigt die besonderen örtlichen Gegebenheiten sowie ihre demographischen, städtebaulichen und verkehrlichen Einflussfaktoren in der Gemeinde Holm.

Stellungnahme der Verwaltung:

Durch Bebauungsplanfestsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung sowie das Erfordernis des Einfügens in die Eigenart der näheren Umgebung im unbeplanten Innenbereich werden Regeln geliefert, die die Bebaubarkeit eines Grundstückes angeben. Darüber hinaus liefert die Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO SH) ergänzende Vorschriften, die bei jedem Bauvorhaben zu beachten sind. So dürfen nach § 50 LBO SH bauliche Anlagen sowie andere Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr zu erwarten ist, nur errichtet werden, wenn die notwendigen Stellplätze und Garagen hergestellt werden. Dabei richtet sich die Anzahl und Größe nach Art und Anzahl der tatsächlich vorhandenen und zu erwartenden Kraftfahrzeuge der ständigen Benutzer und Besucher der Anlage.

Seit dem 01.07.2016 ermöglicht die geänderte LBO SH den Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein, die Herstellungspflicht notwendiger Stellplätze stadt- bzw. gemeindegebietsbezogen zu regeln. Gemäß § 84 Abs. 1 Nr. 8 LBO SH können Kommunen über Festsetzungen in Bebauungsplänen oder eigenständige Satzungen dem speziellen Stellplatzbedarf gerecht werden.

Seitens der Verwaltung wurde ein Entwurf einer Satzung der Gemeinde Holm über die Herstellung notwendiger Kfz-Stellplätze (Stellplatzsatzung) erarbeitet. Dieser ist

als Anlage beigefügt und von der Gemeinde Holm zu beraten.

Der Entwurf der Satzung der Gemeinde Holm über die Herstellungspflicht notwendiger Kfz-Stellplätze muss anschließend öffentlich ausgelegt werden, um den Einwohnern Gelegenheit zur Einsichtnahme und Stellungnahme zu geben. Außerdem wird eine Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange stattfinden.

Finanzierung:

entfällt

Fördermittel durch Dritte:

entfällt

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Satzung der Gemeinde Holm über die Herstellungspflicht notwendiger Kfz-Stellplätze (Stellplatzsatzung) für das gesamte Gebiet der Gemeinde Holm wird in der vorliegenden Fassung gebilligt/mit folgenden Änderungen gebilligt.

Der Entwurf der Satzung der Gemeinde Holm über die Herstellungspflicht notwendiger Stellplätze (Stellplatzsatzung) ist nach § 84 LSHO i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu informieren.

Die Amtsverwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 84 LSO SH i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Hüttner

Anlagen:

Entwurf der Stellplatzsatzung

Satzung der Gemeinde Holm über die Herstellung notwendiger KFZ-Stellplätze (Stellplatzsatzung)

Auf der Grundlage des § 4 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. 2003, 57) sowie der §§ 50 und 84 Abs. 1 Nr. 8 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO SH) in der Fassung vom 22.01.2009 (GVOBl. 2009, 6) jeweils in der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung geltenden Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom die folgende Stellplatzsatzung erlassen:

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für das gesamte Gemeindegebiet Holm.
- (2) Diese Stellplatzsatzung gilt für die Errichtung, Erweiterung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen sowie anderen Anlagen, bei denen ein Zu- oder Abgangsverkehr von Kraftfahrzeugen zu erwarten ist.
- (3) Regelungen in Bebauungsplänen oder anderen städtebaulichen Satzungen, die von dieser Satzung abweichen, gelten vorrangig.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Stellplätze sind Flächen, auf denen Kraftfahrzeuge außerhalb von öffentlichen Verkehrsflächen abgestellt werden.
- (2) Garagen und Carports sind bauliche Anlagen, in denen Kraftfahrzeuge im Sinne dieser Satzung abgestellt werden und die auch als Stellplätze gelten.

§ 3 Herstellungspflicht

- (1) Bei der Errichtung, wesentlichen Änderung oder wesentlichen Nutzungsänderung von Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 LBO SH, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen zu erwarten ist, müssen notwendige Stellplätze, die unter Berücksichtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs der Bedürfnisse des ruhenden Verkehrs und der Erschließung durch Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs erforderlich sind, hergestellt werden.
- (2) Die notwendigen Stellplätze sind im bauaufsichtlichen Verfahren nachzuweisen und müssen spätestens zum Zeitpunkt der Nutzungsaufnahme bzw. Benutzbarkeit der baulichen Anlage oder sonstiger Anlagen, von denen Zu- und Abgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen zu erwarten ist, fertiggestellt sein. Notwendige Stellplätze können auch von Garagen nachgewiesen werden.

§ 4 Anzahl der notwendigen Stellplätze

- (1) Die herzustellende Anzahl der notwendigen Stellplätze ergibt sich aus der Anlage 1 zu dieser Satzung und den nachfolgenden Regelungen. Die Anlage 1 gilt als Bestandteil dieser Stellplatzsatzung.
- (2) Für Anlagen, deren Nutzungsart in der Anlage 1 nicht aufgeführt ist, richtet sich die Anzahl der herzustellenden Stellplätze nach § 50 LBO SH.
- (3) Bei baulichen Anlagen verschiedener Nutzungen ist der Bedarf für die notwendigen Stellplätze für die jeweilige Nutzungsart separat zu ermitteln.
- (4) Bei der Ermittlung der Richtzahlen gemäß Anlage 1 ist die Anzahl der erforderlichen Stellplätze jeweils auf volle Stellplätze aufzurunden, sollte die für die Berechnung der notwendigen Stellplätze maßgebende Einheit überschritten werden.

§ 5 Lage und Beschaffenheit von Stellplätzen

- (1) Stellplätze sind auf dem Baugrundstück oder in der näheren Umgebung davon auf einem geeigneten Grundstück, dessen Benutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert ist, herzustellen und für die Dauer des Bestehens der Zu- und Abgangsverkehr erzeugenden Anlage zu unterhalten. Wenn Gründe des Verkehrs oder städtebauliche Gründe dies erfordern, kann im Einzelfall bestimmt werden, dass die Stellplätze auf dem Baugrundstück oder auf einem anderen Grundstück herzustellen sind.
- (2) Stellplätze sind so anzuordnen, zu errichten und instand zu halten, dass ihre Benutzung die Gesundheit nicht schädigt und das Arbeiten und Wohnen, die Ruhe und Erholung in der Umgebung durch Lärm oder Gerüche nicht über das zumutbare Maß hinaus stört. §§ 30, 33-35 Baugesetzbuch bleiben unberührt. Die Landesverordnung über den Bau und Betrieb von Garagen (Garagenverordnung) sowie sonstige einschlägige Rechtsvorschriften und Normen sind bei der Herstellung von Stellplätzen heranzuziehen und zu beachten.
- (3) Die Benutzbarkeit eines Stellplatzes darf nicht von der Belegung eines anderen Stellplatzes abhängig sein. Grundstückszufahrten sind hinsichtlich ihrer Anzahl und Breite unter Berücksichtigung der vorliegenden verkehrsrechtlichen Situation auf das zur notwendigen Erschließung der jeweiligen Zu- und Abgangsverkehr verursachenden Anlage angemessene Maß zu beschränken.
- (4) Bei allgemein zugänglichen Stellplatzanlagen ist je 30 notwendige Stellplätze ein Stellplatz für Menschen mit Behinderung herzustellen. Bei Wohnanlagen für betreutes Wohnen einer für je 5 notwendige Stellplätze.

§ 6 Abweichungen

Abweichungen von den Bestimmungen dieser Stellplatzsatzung können unter den Voraussetzungen des § 71 Abs. 3 der LBO SH auf Antrag zugelassen werden. Sofern die Erhaltung der Bestimmungen dieser Satzung nicht in einem Baugenehmigungsverfahren geprüft wird, sind die Abweichungen gesondert bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde zu beantragen.

§ 7 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 82 Abs. 1 LBO SH handelt, wer notwendige Stellplätze entgegen der Bestimmungen des § 2 nicht herstellt, nicht instandhält oder nicht ablöst.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 82 Abs. 1 und 3 LBO SH mit einer Geldbuße bis zu 500.000,00 Euro geahndet werden.

§ 8 Übergangsbestimmungen

Diese Satzung gilt nicht für Anträge, die bereits vor Inkrafttreten dieser Satzung bei der Gemeinde Holm eingereicht wurden.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Gemeinde, den

Der Bürgermeister

**zur Satzung der Gemeinde Holm über die Herstellung notwendiger KFZ-Stellplätze
(Stellplatzsatzung)**

Nr.	Verkehrsquelle	Zahl der Stellplätze für Kraftfahrzeuge
1.0	Wohngebäude	
1.1	Einzel- oder Doppelhäuser	2 Stellplätze je Wohneinheit
1.2	Reihenhäuser	2 Stellplätze je Wohneinheit
1.3	Mehrfamilienhäuser	2 Stellplätze je Wohneinheit
1.4	Wohnhäuser mit Seniorenwohnungen	1 Stellplatz je Wohneinheit
1.5	Seniorenheime	1 Stellplatz je 5 Betten zzgl. 1 Behinderten-Stellplatz
1.6	Besondere Wohnformen für betreuungsbedürftige Menschen	1 Stellplatz je 5 Betten zzgl. 1 Behinderten-Stellplatz
1.7	Sonstige Wohnheime	1 Stellplatz je 2 Plätze
2.0	Gebäude mit Büro-, Verwaltungs- oder Praxisräumen	
2.1	Büro, Verwaltungsräume	1 Stellplatz je 30 qm Nutzfläche
2.2	Räume mit erheblichem Besucherverkehr (z. B. Schalter-, Abfertigungs- oder Beratungsräume, Arztpraxen o. ä.)	1 Stellplatz je 20 qm Nutzfläche
3.0	Verkaufsstätten	
3.1	Läden, Geschäftshäuser	1 Stellplatz je 30 qm Nutzfläche
4.0	Versammlungsstätten	
4.1	Versammlungsstätte	1 Stellplatz je 5 Besucherplätze
4.2	Kirchliche Einrichtungen	1 Stellplatz je 20 qm Besucherplätze
5.0	Sportstätten	
5.1	Sportplatz	1 Stellplatz je 250 qm
5.2	Sporthalle ohne Zuschauer	1 Stellplatz je 50 qm Nutzfläche
5.3	Sporthalle mit Zuschauer	1 Stellplatz je 50 qm Nutzfläche zzgl. 2 Stellplätze je 10 Besucherplätze
5.4	Reitanlagen	1 Stellplatz je 2 Pferdeeinstellplätze
5.5	Tennisanlagen	2 Stellplätze je Spielfeld zzgl. 1 Stellplatz je 5 Zuschauerplätze
5.6	Bootshäuser/Bootsliegeplätze	1 Stellplatz je 2 Boote
6.0	Gaststätten und Beherbergungsbetriebe	
6.1.	Gaststätte	1 Stellplatz je 10 qm Nutzfläche
6.2	Hotels, Pension, o. ä.	1 Stellplatz je 2 Betten
7.0	Schulen, Jugendeinrichtungen, Kindergärten	
7.1	Allgemeinbildende Schulen	1 Stellplatz je 25 Schüler
7.2	Kindergarten, Kindertagesstätte	1 Stellplatz je 25 Kinder, mindestens 2 Stellplätze
7.3	Jugendfreizeiteinrichtungen	1 Stellplatz je 100 qm Nutzfläche
8.0	Gewerbliche Anlagen	
8.1	Handwerks- und Industriebetrieb	1 Stellplatz je 50 qm Nutzfläche
8.2	Verkaufs- und Ausstellungsplatz	1 Stellplatz je 30 qm Nutzfläche
8.3	Kfz-Werkstatt	5 Stellplätze je Reparaturstand
9.0	Verschiedenes	
9.1	Kleingartenanlage	1 Stellplatz je 5 Parzellen
9.2	Friedhof	1 Stellplatz je 1.000 qm Grundstücksfläche
9.3	Minigolfanlage	5 Stellplätze je Anlage
9.4	Museen und Ausstellungsgebäude	1 Stellplatz je 100 qm Ausstellungsfläche

Gemeinde Holm

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0987/2022/HO/BV

Fachbereich: Bauen und Liegenschaften	Datum: 08.02.2022
Bearbeiter: M. Pein	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bauausschuss der Gemeinde Holm	03.03.2022	öffentlich
Gemeindevertretung Holm	22.03.2022	öffentlich

Weiteres Vorgehen zum Bebauungsplan Nr. 29 in der Gemeinde Holm

Sachverhalt:

Die Gemeindevertretung Holm hat am 27.06.2019 einen Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 29 gefasst. In gleicher Sitzung wurde eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich des B-Planes gefasst. Die Veränderungssperre tritt gemäß § 17 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) nach Ablauf von zwei Jahren außer Kraft.

In der Sitzung vom 10.06.2021 wurde diese Veränderungssperre um ein Jahr verlängert, sodass diese nunmehr im Juli 2022 abläuft.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Veränderungssperre ist ein Instrument des Baugesetzbuches zur Sicherung der Bauleitplanung. Innerhalb des Geltungsbereiches einer solchen Satzung ist jedwede Veränderung unzulässig. Während der Geltungsdauer der Veränderungssperre sollte die Gemeinde die Bauleitplanung betreiben, um die Planungen zu verwirklichen.

Vor dem Hintergrund, dass die Veränderungssperre im Juli 2022 abläuft und gemäß § 17 Abs. 2 BauGB nur um ein weiteres Jahr verlängert werden darf, wenn besondere Umstände dies erfordern, sollte nunmehr der nächste Schritt der Planung veranlasst werden. Besondere Umstände für eine weitere Verlängerung der Veränderungssperre sind hier nicht erkennbar.

Um für die vorliegenden Ideen für den Geltungsbereich des B-Planes Nr. 29 in einem Entwurf festzuhalten, ist zunächst ein Planungsbüro auszuwählen. Dies erfolgt über eine Preisumfrage. Das wirtschaftlichste Angebot erhält den Zuschlag. Anschließend wird vom Planungsbüro ein Entwurf erarbeitet und mit der Gemeinde Holm sowie den Vorhabenträgern abgestimmt. In öffentlicher Sitzung wird der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gefasst.

Des Weiteren ist mit den Eigentümern der Fläche ein Kostenübernahmevertrag zwecks Übernahme der Kosten für die Bauleitplanung zu schließen.

Finanzierung:

Mit den Eigentümern der zu überplanenden Flächen ist ein Kostenübernahmevertrag zwecks Übernahme der Bauleitplanungskosten in voller Höhe zu schließen. Die Bauleitplanungskosten liegen voraussichtlich bei etwa 30.000,00 Euro.

Fördermittel durch Dritte:

entfällt

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss empfiehlt/Die Gemeindevertretung beschließt, den Bürgermeister zu ermächtigen, einen Kostenübernahmevertrag zwecks Übernahme der Bauleitplanungskosten in voller Höhe mit den Eigentümern der Fläche zu schließen. Des Weiteren soll im nächsten Schritt ein Planungsbüro mit der Vorbereitung eines Bebauungsplanentwurfes entsprechend der bisher vorgelegten und von der Gemeinde Holm bewilligten Entwürfe beauftragt werden.

Hüttner

Anlagen:

keine